



Beschluss

Az. BK6-18-184

In dem Verwaltungsverfahren

wegen: Genehmigung eines gemeinsamen Vorschlags aller Übertragungsnetzbetreiber des Leistungs-Frequenz-Regelblocks TNG+TTG+AMP+50HZT+EN+CREOS zu Maßnahmen zur Verringerung des Frequenzwiederherstellungs-Regelfehlers gem. Art. 6 Abs. 3 lit. e Ziff. ii und iii in Verbindung mit Art. 119 Abs. 1 lit. q und r sowie Art. 152 Abs. 14 und 16 der Verordnung (EU) 2017/1485 der Kommission vom 02.08.2017 zur Festlegung einer Leitlinie für den Übertragungsnetzbetrieb

der Amprion GmbH, Robert-Schuman-Straße 7, 44263 Dortmund, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung

– Antragstellerin zu 1 –

der 50Hertz Transmission GmbH, Heidestraße 2, 10557 Berlin, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung

– Antragstellerin zu 2 –

der TenneT TSO GmbH, Bernecker Straße 70, 95448 Bayreuth, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung

– Antragstellerin zu 3 –

der TransnetBW GmbH, Pariser Platz- Osloer Straße 15-17, 70173 Stuttgart, vertreten durch die Geschäftsführung

– Antragstellerin zu 4 –

hat die Beschlusskammer 6 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Jochen Homann,

durch ihren Vorsitzenden Christian Mielke,
ihren Beisitzer Dr. Jochen Patt
und ihren Beisitzer Jens Lück

am 12.08.2019 beschlossen:

1. Der angehängte abgeänderte Vorschlag der Antragstellerinnen in der Fassung vom 27.05.2019 zu Maßnahmen zur Verringerung des Frequenzwiederherstellungs-Regelfehlers wird genehmigt.
2. Ein Widerruf bleibt vorbehalten.
3. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Gründe

A.

Das vorliegende Verwaltungsverfahren betrifft die Genehmigung eines gemeinsamen Vorschlags aller Übertragungsnetzbetreiber (im Folgenden „ÜNB“) des Leistungs-Frequenz-Regelblocks TNG+TTG+AMP+50HZT+EN+CREOS zu Koordinierungsmaßnahmen und zu Maßnahmen zur Verringerung des Frequenzwiederherstellungs-Regelfehlers gem. Art. 6 Abs. 3 lit. e Ziff. ii und iii in Verbindung mit Art. 119 Abs. 1 lit. q und r sowie Art. 152 Abs. 14 und Abs. 16 der Verordnung (EU) 2017/1485 der Kommission vom 02.08.2017 zur Festlegung einer Leitlinie für den Übertragungsnetzbetrieb (im Folgenden „SO-VO“).

I. Einordnung des Vorschlags

Die am 14.09.2017 in Kraft getretene SO-VO gilt unmittelbar in allen europäischen Mitgliedstaaten und gibt einen Rahmen mit harmonisierten Vorschriften für den Netzbetrieb der ÜNB vor. Durch diesen Rechtsrahmen für den Betrieb des Übertragungsnetzes sollen der unionsweite Stromhandel erleichtert, die Systemsicherheit gewährleistet, die Integration erneuerbarer Energieträger unterstützt und eine effiziente Netznutzung und Wettbewerb im Interesse der Verbraucher gefördert werden. Dazu werden in der SO-VO gemeinsame Bestimmungen mit Mindestanforderungen für den unionsweiten Netzbetrieb und die grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen den ÜNB sowie die Nutzung der relevanten Merkmale der angeschlossenen nachge-

lagerten Netzebenen der Verteilernetzbetreiber festgelegt. Von den ÜNB sind diesbezüglich Vorschläge für Modalitäten und Methoden zu entwickeln, welche den Regulierungsbehörden zur Genehmigung vorzulegen sind. Das primäre Ziel der SO-VO ist die Gewährleistung der Betriebssicherheit, der Frequenzqualität und der effizienten Nutzung des Verbundsystems und seiner Ressourcen.

Hierfür ist es u.a. unabdingbar, gemeinsame Mindestanforderungen und Grundsätze für die Leistungs-Frequenz-Regelung festzulegen, die als Grundlage für die grenzübergreifende Zusammenarbeit der ÜNB dienen. Die durch die Regulierungsbehörden zu genehmigenden Modalitäten und Methoden – so auch der vorliegende Vorschlag zu Koordinierungsmaßnahmen und zu Maßnahmen zur Verringerung des Frequenzwiederherstellungs-Regelfehlers gem. Art. 152 Abs. 14 und 16 SO-VO – werden gemäß Art. 119 Abs. 1 SO-VO nach der Genehmigung in einer Betriebsvereinbarung für den betreffenden Leistungs-Frequenz-Regelblock zusammengefasst.

Deutschland gehört dem Leistungs-Frequenz-Regelblock TNG+TTG+AMP+50HZT+EN+CREOS an. Der Leistungs-Frequenz-Regelblock TNG+TTG+AMP+50HZT+EN+CREOS umfasst zusätzlich zu den Regelzonen der Antragstellerinnen Amprion GmbH (AMP), 50Hertz Transmission GmbH (50HZT), TenneT TSO GmbH (TTG) und TransnetBW GmbH (TNG) auch das Monitoring-Gebiet¹ des luxemburgischen Übertragungsnetzbetreibers Creos Luxembourg S.A. (CREOS) und dasjenige Monitoring-Gebiet des dänischen Übertragungsnetzbetreibers Energinet (EN), welches mit dem Synchrongebiet Kontinentaleuropa synchron verbunden ist.

II. Verfahrensverlauf

Die Antragstellerinnen sind die deutschen regelzonenverantwortlichen ÜNB. Sie haben gemäß Art. 119 Abs. 1 lit. q und r SO-VO gemeinsam mit den anderen ÜNB des Leistungs-Frequenz-Regelblocks TNG+TTG+AMP+50HZT+EN+CREOS einen Vorschlag zu Koordinierungsmaßnahmen und zu Maßnahmen zur Verringerung des Frequenzwiederherstellungs-Regelfehlers zu erarbeiten und allen zuständigen Regulierungsbehörden zur Genehmigung vorzulegen.

Mit Schreiben vom 14.09.2018, hier eingegangen per E-Mail am gleichen Tage, reichten die Antragstellerinnen den Vorschlag bei der Beschlusskammer 6 zur Genehmigung ein. Der Vorschlag ist gemäß Art. 6 Abs. 3 lit. e Ziff. ii und iii und Art. 6 Abs. 7 S. 3 i. V. m. Art. 119 Abs. 1 lit. q und r SO-VO von den Regulierungsbehörden des Leistungs-Frequenz-Regelblocks TNG+TTG+AMP+50HZT+EN+CREOS innerhalb von sechs Monaten nach Antragstellung bei

¹ „Monitoring-Gebiet“ bezeichnet nach Art. 3 Abs. 2 Ziff. 145 SO-VO einen Teil eines Synchrongebietes oder ein vollständiges Synchrongebiet, der/das durch Messpunkte an Verbindungsleitungen von anderen Monitoring-Gebieten abgegrenzt wird und der/das von einem oder mehreren ÜNB betrieben wird, der/die die Verpflichtungen für das Monitoring-Gebiet erfüllt/erfüllen.

der letzten betroffenen Regulierungsbehörde zu genehmigen. Mit Datum vom 25.10.2018² hat die letzte Regulierungsbehörde den Antrag erhalten.

Der Vorschlag wurde am 07.11.2018 im Amtsblatt der Bundesnetzagentur bekannt gegeben und auf der Internetseite der Bundesnetzagentur veröffentlicht. Es wurde eine Frist zur Stellungnahme von vier Wochen bis zum 04.12.2018 eingeräumt. Die Bundesnetzagentur hat keine Stellungnahmen zu dem Vorschlag erhalten. Vor der Antragstellung war der Vorschlag Gegenstand einer von den ÜNB durchgeführten öffentlichen Konsultation im Zeitraum zwischen dem 31.07.2018 und dem 31.08.2018. Die Auswertung und die Ergebnisse der Konsultation wurden der Beschlusskammer mit der Antragstellung vorgelegt.

Am 25.03.2019 haben sich die zuständigen Regulierungsbehörden darauf verständigt, dass die ÜNB gemäß Art. 7 Abs. 1 SO-VO zur Änderung des eingereichten Vorschlags aufgefordert werden sollen („Änderungsverlangen“). Mit Schreiben vom 28.03.2019 hat die Bundesnetzagentur den Antragstellerinnen das gemeinschaftlich von den Regulierungsbehörden erstellte Änderungsverlangen zugestellt. Die Antragstellerinnen wurden aufgefordert, im Rahmen der Fristen des Art. 7 Abs. 1 SO-VO (innerhalb von zwei Monaten) einen abgeänderten Vorschlag vorzulegen. Die Forderungen der Regulierer im Rahmen des Änderungsverlangens umfassten neben redaktionellen Aspekten insbesondere eine Priorisierung der vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verringerung des Frequenzwiederherstellungs-Regelfehlers.

Mit E-Mail vom 29.05.2019 wurde der aufgrund des Änderungsverlangens abgeänderte Vorschlag bei der Bundesnetzagentur zur Genehmigung eingereicht. Mit Datum vom 12.06.2019 hat auch die letzte nationale Regulierungsbehörde den geänderten Vorschlag erhalten. Der geänderte Vorschlag wurde am 26.06.2019 im Amtsblatt der Bundesnetzagentur bekannt gegeben und auf der Internetseite der Bundesnetzagentur veröffentlicht. Es wurde eine Stellungnahmefrist von einer Woche bis zum 03.07.2019 eingeräumt. Es sind keine Stellungnahmen eingegangen.

III. Inhalte des geänderten Vorschlags

Gegenstand des geänderten Vorschlags sind Regelungen zu Maßnahmen, welche von den ÜNB zur Verringerung des Frequenzwiederherstellungs-Regelfehlers innerhalb des Leistungs-Frequenz-Regelblocks TNG+TTG+AMP+50HZT+EN+CREOS zu ergreifen sind. Stimmen – unter Einbeziehung des Leistungsaustausches mit den angrenzenden Regelblöcken – Erzeugung und Verbrauch innerhalb eines Leistungs-Frequenz-Regelblocks nicht überein, ist der Leistungs-

² Maßgeblich für den Beginn der Entscheidungsfrist der Regulierungsbehörden von sechs Monaten ist der Zeitpunkt des Eingangs bei der nationalen Regulierungsbehörde, die den zu genehmigenden Vorschlag zuletzt erhalten hat, vgl. Art. 6 Abs. 7 S. 3 SO-VO.

Frequenz-Regelblock energetisch nicht ausgeglichen. Der Ist-Leistungsaustausch mit den angrenzenden Regelblöcken weicht dann von dem geplanten Soll-Austausch ab. Im Falle eines Leistungsüberschusses innerhalb eines Leistungs-Frequenz-Regelblocks fließt überschüssige Leistung ungesteuert in die angrenzenden Leistungs-Frequenz-Regelblöcke ab. Ein Leistungsüberschuss kann zudem zu einem Leistungsüberschuss im gesamten Synchronebiet führen. Ein Leistungsmangel führt umgekehrt zu unerwünschten Ausgleichslastflüssen in den Leistungs-Frequenz-Regelblock hinein und kann zu einem Leistungsdefizit im gesamten Synchronebiet beitragen.

Ein Synonym für diese Unausgeglichenheit eines Leistungs-Frequenz-Regelblocks ist der Frequenzwiederherstellungs-Regelfehler. Dabei handelt es sich um das Leistungsungleichgewicht eines Leistungs-Frequenz-Regelblocks, welches sich als Differenz zwischen der fahrplanmäßigen Sollaustauschleistung und der tatsächlichen Ist-Austauschleistung mit den angrenzenden Regelblöcken berechnet. Dieser Wert ist noch um die innerhalb des Regelblocks erbrachte Primärregelleistung zu korrigieren und wird mit dieser Korrektur auch als Area Control Error (ACE) bezeichnet.

Die ÜNB eines Leistungs-Frequenz-Regelblocks haben geeignete Maßnahmen zu ergreifen, den Frequenzwiederherstellungs-Regelfehler zu verringern und Erzeugung und Verbrauch unter Einbeziehung des Leistungsaustausches mit den angrenzenden Regelblöcken wieder zum Ausgleich zu bringen. Dies erfolgt üblicherweise durch den Einsatz von Regelenergie.

Der geänderte Vorschlag weist den ÜNB der Monitoring-Gebiete 50HZT, AMP, CREOS, TNG und TTG die Verantwortung für die Verringerung des Frequenzwiederherstellungs-Regelfehlers in ihren Monitoring-Gebieten zu. Entsprechend wird dem dänischen Übertragungsnetzbetreiber EN die Verantwortung für die Verringerung des Frequenzwiederherstellungs-Regelfehlers in dem dänischen, zum Leistungs-Frequenz-Regelblock TNG+TTG+AMP+50HZT+EN+CREOS gehörenden Monitoring-Gebiet zugewiesen.

Der geänderte Vorschlag macht auch Vorgaben zur Priorisierung von Maßnahmen zur Verringerung des Frequenzwiederherstellungs-Regelfehlers. Beschaffung auf den Intraday-Märkten oder Notfallmaßnahmen sollen z. B. in den Monitoring-Gebieten von 50HZT, AMP, CREOS, TNG und TTG nur dann ergriffen werden, wenn die regulär einzusetzende Regelenergie – Sekundärregelung und Minutenreserve – nicht ausreicht und eine zumindest teilweise Wiederherstellung der Regelfähigkeit erforderlich ist. Für das dänische Monitoring-Gebiet sieht der Vorschlag analoge Regelungen vor. Der geänderte Vorschlag enthält auch eine Regelung zur zeitlichen Umsetzung. Demnach soll der geänderte Vorschlag in Übereinstimmung mit der Vorgabe in Art. 119 Abs. 2 SO-VO umgesetzt werden.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Akten und insbesondere auf den die-

sem Beschluss angehängten gemeinsamen Vorschlag Bezug genommen.

B.

Der Vorschlag der Antragstellerinnen zu Koordinierungsmaßnahmen und zu Maßnahmen zur Verringerung des Frequenzwiederherstellungs-Regelfehlers gem. Art. 6 Abs. 3 lit. e Ziff. ii und iii in Verbindung mit Art. 119 Abs. 1 lit. q und r sowie Art. 152 Abs. 14 und 16 SO-VO wird genehmigt. Der Antrag ist zulässig und begründet. Die Anforderungen an die Ausgestaltung des Vorschlags sind nach den Art. 2-8, 11 SO-VO unter Wahrung der allgemeinen Ziele und Prinzipien der SO-VO hinreichend erfüllt.

I. Zulässigkeit des Antrages

Der Antrag ist zulässig. Die gesetzlichen Vorschriften über das Verfahren, auch unter Berücksichtigung der Vorgaben der SO-VO, sind gewahrt worden.

Die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur für die Genehmigung gemäß gem. Art. 6 Abs. 3 lit. e Ziff. ii und iii in Verbindung mit Art. 119 Abs. 1 lit. q und r sowie Art. 152 Abs. 14 und 16 SO-VO ergibt sich aus § 56 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 EnWG in Verbindung mit Art. 18 Abs. 3 lit. d und Art. 18 Abs. 5 der Verordnung (EG) 714/2009 vom 13.07.2009 über die Netzzugangsbedingungen für den grenzüberschreitenden Stromhandel, die der Beschlusskammern zur Entscheidung folgt aus § 59 Abs. 1 S. 1 EnWG in Verbindung mit § 56 EnWG.

Die Antragstellerinnen haben den zur Genehmigung vorgelegten Vorschlag mit Eingang am 14.09.2018 bei der Beschlusskammer ordnungsgemäß eingereicht.

Der Vorschlag ist ausreichend mit den Interessenträgern durch die ÜNB konsultiert worden. Es wurde eine Konsultation nach Art. 11 SO-VO ordnungsgemäß vom 31.07.2018 bis zum 31.08.2018 durchgeführt. Die Antragstellerinnen haben den Ablauf ausreichend dokumentiert. Die eingegangenen Stellungnahmen wurden ordnungsgemäß ausgewertet. Dem Vorschlag ist ein separates Dokument beigelegt, in dem die Berücksichtigung bzw. Nichtberücksichtigung der im Rahmen der ÜNB-Konsultation eingegangenen Stellungnahmen klar und fundiert begründet wurde. Die Anforderungen des Art. 11 Abs. 1 SO-VO an die öffentliche Konsultation mit den betroffenen Interessenträgern sind damit erfüllt.

II. Begründetheit des Antrages

Der Antrag ist auch begründet. Der Vorschlag der Antragstellerinnen erfüllt die Vorgaben des Art. 152 Abs. 14 und 16 SO-VO hinreichend und steht im Übrigen im Einklang mit den Zielen der SO-VO.

Gemäß Art. 152 Abs. 14 SO-VO sind die ÜNB eines LFR-Blocks verpflichtet, abgestimmte Maßnahmen zur Verringerung des Frequenzwiederherstellungs-Regelfehlers durchzuführen und diese in der Betriebsvereinbarung für den LFR-Block festzulegen. Gemäß Art. 152 Abs. 16 SO-VO sind die ÜNB eines LFR-Blocks zudem verpflichtet, Maßnahmen festzulegen, um den Frequenzwiederherstellungs-Regelfehler durch Änderungen der Erzeugung oder des Verbrauchs von Wirkleistung durch Stromerzeugungsanlagen und Verbrauchseinheiten innerhalb ihres Gebiets zu verringern.

Die Zusammenfassung der beiden genehmigungsbedürftigen Maßnahmenpakete innerhalb eines Antrags ist aufgrund deren inhaltlicher Nähe sachgerecht. In beiden Fällen sind Maßnahmen festzulegen, die der Reduzierung des Frequenzwiederherstellungs-Regelfehlers dienen. Die nach Art. 6 Abs. 3 lit. e Ziff. ii in Verbindung mit Art. 152 Abs. 14 SO-VO zu genehmigenden Koordinierungsmaßnahmen zielen auf die Abstimmung der ÜNB bei der Verringerung des Frequenzwiederherstellungs-Regelfehlers ab. Der Art. 6 Abs. 3 lit. e Ziff. iii in Verbindung mit Art. 152 Abs. 16 SO-VO adressiert speziell Maßnahmen mit Anpassung der Wirkleistungseinspeisung oder -entnahme bei Stromerzeugungsanlagen oder Verbrauchseinheiten. Die inhaltliche Nähe beider Genehmigungssachverhalte kommt auch durch die von den Antragstellerinnen gewählte Bezeichnung des Vorschlags zum Ausdruck, welcher zusammenfassend mit *Maßnahmen zur Verringerung des Frequenzwiederherstellungs-Regelfehlers* überschrieben ist.

Zutreffend und sachgerecht sieht der Vorschlag vor, zur Verringerung des Frequenzwiederherstellungs-Regelfehlers zunächst Regelenergie in Gestalt von aFRR³ und mFRR⁴ zu aktivieren. Die grenzüberschreitende Aktivierung von Regelenergie wird dabei richtigerweise eingeschlossen. In Fällen, in denen die zur Verfügung stehende Regelenergie nicht ausreicht und diese zur Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung der Regelfähigkeit entlastet werden muss, sollen weitere Reserven aktiviert werden oder darf eine Beschaffung über den Intraday-Markt erfolgen. Zuletzt ist auch eine Notfall-Unterstützung durch andere ÜNB erlaubt. Für das Monitoring-Gebiet von EN gelten analoge Regelungen.

Die vorgesehenen Maßnahmen und deren Reihung sind nachvollziehbar. Der Vorgabe des Art. 4 Abs. 2 lit. d SO-VO, weitestgehend marktgestützte Mechanismen zu nutzen, ist Rechnung getragen. Denn die vorrangig vorgesehene Regelenergie zur Verringerung des Frequenzwieder-

³ aFRR: automatische Frequency Restoration Reserves (Sekundärenergieleistung)

⁴ mFRR: manuelle Frequency Restoration Reserves (Minutenreserve)

derherstellungs-Regelfehlers wird in einem wettbewerblichen Verfahren per Ausschreibung beschafft. Auch bei der ausnahmsweise vorgesehenen Beschaffung über den Intraday-Markt handelt es sich um eine marktliche Maßnahme. Durch die Reihung der Maßnahmen ist der Forderung der Regulierungsbehörden im Änderungsverlangen vom 25.03.2019 ausreichend entsprochen.

Die Maßnahmen werden von den ÜNB des Leistungs-Frequenz-Regelblocks TNG+TTG+AMP+50HZT+EN+CREOS in enger Abstimmung ergriffen. Die ÜNB der Monitoring-Gebiete 50HZT, AMP, CREOS, TNG und TTG beschaffen seit langem Regelenergie gemeinsam und setzen diese entsprechend einer gemeinsamen Merit Order ein. Der LFR-Block Beobachter – für den Leistungs-Frequenz-Regelblock TNG+TTG+AMP+50HZT+EN+CREOS die Antragstellerin Amprion – koordiniert die Einhaltung der betrieblichen Grenzwerte und initiiert ggf. zu ergreifende zusätzliche Maßnahmen.

Der Vorschlag enthält auch einen Umsetzungszeitplan (vgl. Art. 6) und eine Beschreibung der erwarteten Auswirkungen auf die Ziele der SO-VO, insbesondere auf die Systemsicherheit (vgl. Präambel Nr. 10) gemäß Art. 6 Abs. 6 SO-VO. Der Vorschlag steht auch im Übrigen im Einklang mit den Zielen und Zwecken der SO-VO. Die Beschlusskammer hat keine Stellungnahmen erhalten, die einer Genehmigung des Vorschlags entgegenstehen. Die Beschlusskammer hat auch keine eigenen Anhaltspunkte festgestellt, die gegen eine Genehmigung des Vorschlags sprechen.

III. Widerrufsvorbehalt in Tenorziffer 2

Der Widerrufsvorbehalt der Tenorziffer 2 dieser Genehmigung ist notwendig, da die Genehmigung auf Grundlage der zum Genehmigungszeitpunkt vorliegenden tatsächlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen erfolgt. Da die SO-VO jedoch weitere Genehmigungen vorsieht, die auch den hier zu genehmigenden Vorschlag der Antragstellerinnen betreffen können, können Anpassungen dieser Genehmigung in Zukunft aufgrund sich ändernder tatsächlicher und auch rechtlicher Rahmenbedingungen erforderlich werden. Insbesondere wäre hier denkbar, dass über ein Änderungsverfahren gemäß Art. 7 Abs. 4 SO-VO, welches sowohl durch die zuständigen ÜNB als auch durch die zuständigen Regulierungsbehörden oder benannten Stellen angestoßen werden kann, Änderungen bezüglich des Vorschlags beschlossen werden.

IV. Kosten

Hinsichtlich der Kosten ergeht ein gesonderter Bescheid nach § 91 EnWG.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Christian Mielke
Vorsitzender

Dr. Jochen Patt
Beisitzer

Jens Lück
Beisitzer

**Vorschlag aller ÜNB des LFR-Blocks
TNG+TTG+AMP+50HZT+EN+CREOS für Maßnahmen zur Verringerung des FRCE gemäß Artikel 152 Absatz 14 und Artikel 152 Absatz 16 der Verordnung (EU) 2017/1485 der Kommission zur Festlegung einer Leitlinie für den Übertragungsnetzbetrieb**

27.05.2019

50Hertz Transmission GmbH (50HZT), Amprion GmbH (AMP), Creos Luxembourg S. A. (CREOS), Energinet (EN), TenneT TSO GmbH (TTG), TransnetBW GmbH (TNG) unter Erwägung nachstehender Gründe:

Präambel

- (1) Dieses Dokument ist ein durch alle Übertragungsnetzbetreiber (im Folgenden als “ÜNB” bezeichnet) des dänisch-deutsch-luxemburgischen LFR-Blocks entwickelter, gemeinsamer Vorschlag für koordinierte Maßnahmen zur Reduktion des FRCE gemäß Artikel 152 Absatz 14 und Artikel 152 Absatz 16 der Verordnung (EU) 2017/1485 der Kommission zur Festlegung einer Leitlinie für den Übertragungsnetzbetrieb (im Folgenden als “SOGL” bezeichnet).
- (2) Gemäß Artikel 6 Absatz 3 Buchstabe e Ziffer ii der SOGL bedarf der Vorschlag aller ÜNB hinsichtlich “[...] *Koordinationsmaßnahmen zur Verringerung des FRCE gemäß Artikel 152 Absatz 14*” der Genehmigung aller Regulierungsbehörden der betroffenen Region.
- (3) Gemäß Artikel 6 Absatz 3 Buchstabe e Ziffer iii der SOGL bedarf der Vorschlag aller ÜNB hinsichtlich “[...] *Maßnahmen zur Verringerung des FRCE durch Aufforderung, die Wirkleistungserzeugung oder -aufnahme von Stromerzeugungsanlagen und Verbrauchsanlagen gemäß Artikel 152 Absatz 16 zu ändern*” der Genehmigung aller Regulierungsbehörden der betroffenen Region.
- (4) Artikel 152 Absatz 14 der SOGL bezieht sich auf die Betriebszustände in Artikel 152 Absatz 12 der SOGL sowie Artikel 152 Absatz 13 der SOGL und definiert die Verpflichtung die entsprechenden Zustände zu überwachen und die koordinierten Maßnahmen in der Betriebsvereinbarung für den LFR-Block zu spezifizieren:
“(14) Der LFR-Block-Beobachter ist für die Feststellung eines Verstoßes gegen die in den Absätzen 12 und 13 genannten Grenzwerte verantwortlich; außerdem:
a) informiert er die anderen ÜNB des LFR-Blocks und
b) führt er zusammen mit den ÜNB des LFR-Blocks abgestimmte Maßnahmen zur Verringerung des FRCE durch, die in der Betriebsvereinbarung für den LFR-Block festzulegen sind.”
- (5) Die Betriebszustände nach Artikel 152 Absatz 12 der SOGL und Artikel 152 Absatz 13 der SO GL sind wie folgt:

“(12) Wenn der Mittelwert des FRCE eines LFR-Blocks je Minute mindestens während der für die Frequenzwiederherstellung benötigten Zeit über dem FRCE-Bereich der Stufe 2 liegt und wenn die ÜNB dieses LFR-Blocks nicht erwarten, dass der FRCE durch die Durchführung der in Absatz 15 genannten Maßnahmen ausreichend verringert werden kann, sind die ÜNB berechtigt, Änderungen der Erzeugung oder des Verbrauchs von Wirkleistung durch Stromerzeugungsanlagen und Verbrauchseinheiten innerhalb ihrer jeweiligen Gebiete zu verlangen, um den FRCE gemäß Absatz 16 zu verringern.

(13) Für die Synchrongebiete Kontinentaleuropa und Nordeuropa gilt, dass die ÜNB Änderungen der Erzeugung oder des Verbrauchs von Wirkleistung durch Stromerzeugungsanlagen und Verbrauchseinheiten innerhalb ihrer jeweiligen Gebiete verlangen müssen, um den FRCE gemäß Absatz 16 zu verringern, wenn der FRCE eines LFR-Blocks mehr als 30 Minuten 25 % des Referenzstörfalls des Synchrongebiets kontinuierlich übersteigt und wenn die ÜNB dieses LFR-Blocks nicht erwarten, dass der FRCE durch die gemäß Absatz 15 getroffenen Maßnahmen ausreichend verringert wird.”

- (6) Artikel 152 Absatz 15 verlangt: *“Für die in den Absätzen 11 bis 13 genannten Fälle legen alle ÜNB jedes Synchrongebiets in der Betriebsvereinbarung für das Synchrongebiet Maßnahmen fest, die es den ÜNB eines LFR-Blocks ermöglichen sollen, die Frequenzabweichung durch die grenzübergreifende Aktivierung von Reserven aktiv zu verringern. In den in den Absätzen 11 bis 13 genannten Fällen bemühen sich die ÜNB des Synchrongebiets, den ÜNB des betroffenen LFR-Blocks die Verringerung ihres FRCE zu ermöglichen.”*
- (7) Artikel 152 Absatz 16 der SOGL verlangt von allen ÜNB eines LFR-Blocks *“Die ÜNB eines LFR-Blocks legen in der Betriebsvereinbarung für den LFR-Block Maßnahmen fest, um den FRCE durch Änderungen der Erzeugung oder des Verbrauchs von Wirkleistung durch Stromerzeugungsanlagen und Verbrauchseinheiten innerhalb ihres Gebiets zu verringern.”*
- (8) Dieser Vorschlag erfüllt die Anforderungen der SOGL wie folgt:
 - (a) Artikel 3 legt die Zuständigkeitsstruktur unter den ÜNB des LFR-Blocks fest.
 - (b) Artikel 4 definiert die von Artikel 152 Absatz 14 der SOGL und Artikel 152 Absatz 16 der SOGL geforderten koordinierten Maßnahmen für das DE-Gebiet.
 - (c) Artikel 5 definiert die von Artikel 152 Absatz 14 der SOGL und Artikel 152 Absatz 16 der SOGL geforderten koordinierten Maßnahmen für das DKW-Gebiet.
- (9) Die nationalen energierechtlichen Bestimmungen hinsichtlich der Möglichkeit Erzeugung und Verbrauch anzupassen sind von diesem Vorschlag nicht betroffen.
- (10) Dieser Vorschlag erfüllt die Ziele der SOGL wie folgt:
 - (a) Der Vorschlag legt gemeinsame Anforderungen an die und Prinzipien der Betriebssicherheit, gemeinsame Leistungs-Frequenz-Regelungsprozesse sowie Regelungsstrukturen fest und stellt die Bedingungen zur Einhaltung des geforderten Frequenzqualitätsniveaus des Synchrongebiets KE sicher, indem notwendige koordinierte Maßnahmen zur Verringerung des FRCE in angespannten Betriebssituationen spezifiziert werden.

- (b) Der Vorschlag trägt zur Effizienz bei und stellt durch die entsprechend formulierten Anforderungen in Artikel 4 Absatz 2 und Artikel 5 Absatz 2 sicher, dass die ÜNB soweit wie möglich markbasierte Maßnahmen nutzen.
- (c) Der Vorschlag achtet die den ÜNB im nationalen Recht übertragene Verantwortung für die Gewährleistung der Systemsicherheit. Insbesondere gilt die nationale Gesetzgebung für die Maßnahmen zur Verringerung des FRCE durch Anpassung der Wirkleistungsabgabe der Stromerzeugungsanlagen und Verbrauchseinheiten.
- (d) Der Vorschlag stellt die Transparenz sicher, indem die Veröffentlichung der angewandten Maßnahmen im Einklang mit der nationalen Gesetzgebung verlangt wird.

**LEGEN DEN FOLGENDEN VORSCHLAG DEN REGULIERUNGSBEHÖRDEN
VON DÄNEMARK, DEUTSCHLAND UND LUXEMBURG VOR:**

Artikel 1

Gegenstand, Anwendungsbereich und Zuständigkeitsstruktur

- (1) Dieser Vorschlag basiert auf der Struktur der LFR-Blöcke und der LFR-Zonen, die von allen ÜNB des Synchrongebiets Kontinentaleuropa gemäß Artikel 141 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2017/1485 der Kommission zur Festlegung einer Leitlinie für den Übertragungsnetzbetrieb vorgeschlagen und durch alle Regulierungsbehörden bestätigt wurde.
- (2) Gemäß Absatz (1) gilt der Vorschlag nur für den Teil Dänemarks, der synchron mit dem Synchrongebiet KE verbunden ist.
- (3) Dieser Vorschlag legt koordinierte Maßnahmen zur Verringerung des FRCE gemäß Artikel 152 Absatz 14 der SOGL sowie Maßnahmen zur Verringerung des FRCE durch die Aufforderung, die Wirkleistungserzeugung oder -aufnahme von Stromerzeugungsanlagen und Verbrauchsanlagen in dem DE-LU-DK LFR-Block gemäß Artikel 152 Absatz 16 zu ändern.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen und Auslegung

- (1) Die verwendeten Begriffe haben für die Zwecke dieses Vorschlags die Bedeutung gemäß Artikel 3 der SOGL.
- (2) 'DE-Gebiet' steht für die LFR-Zonen 50HZT, AMP, CREOS, TNG und TTG.
- (3) 'DKW-Gebiet' steht für das Monitoring-Gebiet EN, das synchron mit dem Synchrongebiet KE verbunden ist.
- (4) 'DE-LU-DK LFR-Block' steht für den LFR-Block, der das DE-Gebiet und das DKW-Gebiet beinhaltet.

Artikel 3

Allgemeine Grundsätze und Zuständigkeiten

- (1) Der LFR-Block-Beobachter überwacht und identifiziert die Verletzung der Grenzwerte gemäß Artikel 152 Absatz 12 der SOGL und Artikel 152 Absatz 13 der SOGL für den gesamten DE-LU-DK LFR-Block.
- (2) EN identifiziert die Verletzung der Grenzwerte gemäß Artikel 152 Absatz 12 der SOGL und Artikel 152 Absatz 13 der SOGL für das eigene Monitoring-Gebiet.
- (3) Im Fall der Verletzung dieser Grenzwerte
 - (a) sind alle ÜND des DE-Gebiets für die Verringerung des FRCE des DE-Gebiets durch die Ausführung der koordinierten Maßnahmen gemäß Artikel 4 verantwortlich.
 - (b) ist EN für die Verringerung des FRCE des DKW-Gebiets durch die Ausführung der koordinierten Maßnahmen gemäß Artikel 5 verantwortlich.
- (4) Die ÜNB veröffentlichen die Anwendung der in diesem Vorschlag festgelegten Maßnahmen im Einklang mit der nationalen Gesetzgebung.

Artikel 4

Koordinierte Maßnahmen zur Verringerung des FRCE gemäß Artikel 152 Absatz und Artikel 152 Absatz 16 im DE-Gebiet

- (1) Alle ÜNB des DE-Gebiets wenden folgende koordinierte Maßnahmen zur Verringerung des FRCE des DE-Gebiets an:
 - (a) Höchste Priorität: Aktivierung von aFRR und mFRR einschließlich der grenzüberschreitenden Aktivierung;
 - (b) Zweite Priorität:
 - i. Aktivierung von weiteren Reserven, die gemäß der nationalen Gesetzgebung kontrahiert wurden;
 - ii. Beschaffung der Energie im Intraday-Markt;
 - (c) Dritte Priorität: Aktivierung von Notvereinbarungen mit anderen ÜNB.
- (2) Alle ÜNB sollen
 - (a) sich soweit wie möglich bemühen die marktbasierten Maßnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe d der SOGL einzusetzen;
 - (b) Maßnahmen nach 1(b) und 1(c) anwenden, sofern die Maßnahmen nach 1(c) nicht ausreichen um den FRCE zu reduzieren und sofern notwendig zur Wiederherstellung oder zur Unterstützung des angeforderten FRR um für weitere Systembilanzungleichgewichte vorbereitet zu sein;
 - (c) priorisieren Maßnahmen basierend gemäß 1(b)(i) und 1(b)(ii) auf Basis von Kriterien gemäß (3).
- (3) Bei der Anwendung der koordinierten Maßnahmen nach Absatz (1) berücksichtigen alle ÜNB des DE-Gebiets:
 - (a) die Verfügbarkeit der Maßnahmen nach Artikel 152 Absatz 15 der SOGL;

- (b) die Verfügbarkeit aller Reservetypen;
- (c) Handelsfristen, Vorlaufzeiten für die Aktivierung, Zeiten bis zur vollständigen Aktivierung, minimale und maximale Dauer und andere zeitliche Beschränkungen im Zusammenhang mit den verfügbaren Maßnahmen;
- (d) die Betriebssicherheit.

Artikel 5

Koordinierte Maßnahmen zur Verringerung des FRCE gemäß Artikel 152 Absatz und Artikel 152 Absatz 16 im DKW-Gebiet

- (1) EN wendet folgende koordinierte Maßnahmen zur Verringerung des FRCE des DKW-Gebiets an:
 - (a) Höchste Priorität: Aktivierung von aFRR und mFRR einschließlich der grenzüberschreitenden Aktivierung;
 - (b) Zweite Priorität: Aktivierung von weiteren Reserven, die gemäß der nationalen Gesetzgebung kontrahiert wurden;
 - (c) Dritte Priorität: Aktivierung von Notvereinbarungen mit anderen ÜNB.
- (2) Gemäß Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe d der SOGL bemüht sich EN bei der Anwendung von Maßnahmen nach Absatz 1 soweit wie möglich die marktbasierten Maßnahmen gemäß Absatz 1 Buchstabe a und Absatz 1 Buchstabe b zu nutzen.
- (3) Bei der Anwendung der koordinierten Maßnahmen nach Absatz (1) berücksichtigt EN:
 - (a) die Verfügbarkeit der Maßnahmen nach Artikel 152 Absatz 15 der SOGL;
 - (b) die Verfügbarkeit aller Reservetypen;
 - (c) Handelsfristen, Vorlaufzeiten für die Aktivierung, Zeiten bis zur vollständigen Aktivierung, minimale und maximale Dauer und andere zeitliche Beschränkungen im Zusammenhang mit den verfügbaren Maßnahmen;
 - (d) die Betriebssicherheit.

Artikel 6

Umsetzungszeitplan

Die ÜNB setzen den Vorschlag mit dem Inkrafttreten der Betriebsvereinbarung für den LFR-Block gemäß den in Artikel 119 Absatz 2 der SOGL genannten Fristen um.

Artikel 7

Sprache

Die Referenzsprache für diesen Vorschlag ist Englisch. Sofern ÜNB diesen Vorschlag in ihre Landessprache(n) übersetzen müssen, sind die ÜNB verpflichtet, bei Abweichungen zwischen der von den ÜNB gemäß Artikel 6 der SOGL vorgeschlagenen englischen Version und jeder Version in einer anderen Sprache den zuständigen nationalen Regulierungsbehörden gemäß den anzuwendenden nationalen Vorschriften eine aktualisierte Übersetzungsversion des Vorschlags vorzulegen.